

Lieber Hans-Reiner Bönning, wir führen heute ein Interview im Rahmen des bifos e.V. Zeitzeugenprojekts. Dein Engagement für Selbstbestimmung und ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland soll hier im Vordergrund stehen. Damit Dich die Leser*innen und/oder Zuhörer*innen kennenlernen können, möchte ich Dich bitten, über Deine eigene Behinderung und über Deine Kindheit und Jugend zu erzählen.

Biografisches

Ich bin 1952 in Halle an der Saale geboren. Ich war das erste und sehr gewollte Kind meiner Eltern. Mit meinem knapp vier Jahre jüngeren Bruder haben wir dort als Familie gut gelebt. Gut heißt nicht in großem materiellen Wohlstand, sondern in meiner Kindheit hatte ich immer das Gefühl „Mir geht es gut“, „Wir halten zusammen“, und es gab viel Liebe zwischen meinen Eltern und uns Kindern.

Gute Noten waren selbstverständlich. Ich hatte großen Spaß am Lernen, und meine Eltern mussten mich zurückhalten, wenn ich in den Ferien die Schulbücher für das nächste Jahr durchlesen wollte, einfach, weil es spannend war. Ich sang und zeichnete gern und nahm hier auch an Wettbewerben teil. Die einzige Gabe, die mir als Kind nicht zur Verfügung stand, war Sportlichkeit. Das änderte sich aber im Alter zwischen zwölf und vierzehn Jahren. Ich habe Modernen Fünfkampf trainiert und hätte dann sogar auf eine Sportschule wechseln können. Also, alles in allem hatte ich als Kind ein erfülltes Leben. Das Leben war schon sehr schön und würde immer schöner werden.

Behinderung hatte bis dahin für mich keine Rolle gespielt. Wenn überhaupt, dann war es etwas Abenteuerliches, weil ein Opa und ein Onkel von mir mit nur einem Daumen bzw. mit nur drei Fingern an einer Hand lebten. Auf Familiengeburtstagen bewunderte ich, wie sie trotzdem mit Messer und Gabel hantierten. Das schien irgendwie kurios, aber weit weg von meiner Welt, auch weil es ja Erwachsene waren.

Ein sehr direkter Zugang zum Thema Behinderung

Dann kam der 1. Juli 1967, ein Sonnabend, der letzte Schultag der 8. Klasse. Damals war das Schulsystem in der DDR so aufgebaut, dass man normalerweise eine zehnjährige Schulphase auf der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule absolvierte. Nach Abschluss der 8. Klasse konnten sich die Wege trennen, die meisten blieben in der normalen Schule, einige wechselten auf eine erweiterte Oberschule und blieben dort vier Jahre bis zum Abitur. Andere machten Abitur mit begleitender Berufsausbildung, und einige gingen ganz ab.

An diesem besagten letzten Schultag fuhr fast die gesamte Schulklasse noch einmal gemeinsam mit Fahrrädern zu einem Waldsee. Ich machte mir Gedanken, was in

diesem Sommer alles passieren würde. Ich war fast fünfzehn, inzwischen recht sportlich und guckte mir auch die Mädchen ganz anders an als vorher. An diesem Nachmittag guckten die Mädchen zu, was für tolle Sprünge die Jungen fabrizierten. Und als irgendwann jemand auf die Idee kam, an einer Stelle in den See zu springen, an der man es besser lassen sollte, machte ich einfach mit. Mein erster Sprung klappte zwar, gelang aber nicht so richtig, und dann hieß es: Ach, wir springen alle nochmal. Eigentlich hatte ich schon keine Lust mehr, machte aber doch noch mal mit, weil alle es machten und ich es noch einmal besser machen wollte. Ich sprang, kam unter Wasser irgendwo mit dem Kopf auf und erfuhr später, dass ich mir dabei den fünften Halswirbel angebrochen und das durchfließende Rückenmark gequetscht hatte. Dadurch bekam ich einen sehr direkten Zugang zu Behinderung, allerdings ohne dass mir das schnell bewusst wurde. Zunächst mal musste ich aus dem Wasser herausgezogen werden, um nicht zu ertrinken, dann kam ich in die nächste Klinik.

Das Wort „Querschnittslähmung“ kannten die Ärzte dort schon, doch viel mehr wohl nicht. Meinen Eltern wurde in Aussicht gestellt, mich bestenfalls noch ein paar Jahre zuhause rundum pflegen zu müssen. Mir sagte man stattdessen, ein Bluterguss drücke wohl auf die Nerven, ich müsse nur Geduld haben. Ich registrierte, dass ich mich nicht bewegen konnte, auch meine Verdauungsorgane, Blase, Nieren – alles arbeitete irgendwie nicht richtig. Die Wärmeregulierung im Körper funktionierte nicht. Aufgrund der einfachen Krankenhausbetten und des Personalmangels hatte ich schon nach den ersten Wochen offene Stellen, die Durchblutung der Haut war nicht mehr ausreichend und so brachen sogenannte Druckgeschwüre auf. Doch ich dachte, das ist nur eine schlimme Phase, die hoffentlich nicht lange andauern würde, die einfach nur mein bisheriges Leben unterbricht, aber nach ein paar Wochen oder Monaten würde mein eigentliches Leben weiter gehen. Und so war auch meine Lebensperspektive in den nächsten Jahren im Wesentlichen darauf gerichtet, diese Zeit irgendwie zu überstehen, mich innerlich so damit zu arrangieren, dass ich seelisch nicht unterging und möglichst gute Reha-Chancen erhielt, um wieder Laufen zu lernen, um wieder so leben zu können, wie ich vorher dachte, dass es normal wäre.

In dieser Zeit sammelte ich natürlich auch schon Erfahrungen in meinem neuen Leben mit Behinderung, aber das ist mir erst viel später klar geworden. Äußerlich betrachtet folgte eine mehrjährige Rehabilitationsphase. Ich wollte weiter zur Schule, dann studieren, aber vorrangig ging es mir immer noch darum, körperlich mehr zu können, Muskeln zu aktivieren und Alltags-Fertigkeiten zu erlangen. Erst sieben Jahre nach meinem Unfall war ich tatsächlich so weit, dass mir selber klar war: Besser wird es nicht werden. Das war 1975. Damals konnte ich mich immerhin mit einem Handrollstuhl gut selbst bewegen, auf glatten Wegen sogar draußen, und fuhr mit einem umgebauten Trabant Kombi selber Auto. Mit viel Mühe und Hautabschürfungen schaffte ich es sogar, allein den Rollstuhl in den Trabi hineinzuziehen und wieder raus. Und mit Hilfe von Trampnern, die ich unterwegs

mitnahm, fuhr ich im Sommer in die Tschechoslowakei, nach Ungarn, später noch weiter.

Nun war ich nicht mehr darauf angewiesen, die nichtbehinderte Lebensperspektive zu denken oder mich daran zu messen. Mein neues Leben war jetzt Normalität geworden. Im Vordergrund stand die Frage: Was brauche ich noch, so wie ich bin, um als erwachsener Mensch selbständig leben zu können?

Ich hatte die Schule bis zum Abitur absolviert, in einer staatlich dafür vorgesehenen, wenn auch baulich völlig unzureichenden Klinik für körperbehinderte Schüler*innen in Birkenwerder in der Nähe von Berlin. Dann studierte ich fünf Jahre lang Mathematik in Halle und versuchte, mit dem abgeschlossenen Studium eine Arbeitsstelle und eine Wohnung in Berlin, damals Ostberlin, zu bekommen, weil ich mich dort viel freier mit dem Rollstuhl bewegen und am Leben teilnehmen konnte. Mathematik war nicht mein Wunschfach gewesen, ich interessierte mich viel mehr für Literatur, Sprachen, Alte Geschichte, Formgestaltung, Musik. Aber schon vor meinem Unfall hatten mich meine Eltern vor dem politischen Druck in solchen Studienfächern gewarnt. Und jetzt kam entscheidend hinzu, dass es mögliche Arbeitsstellen dafür nur in alten, rollstuhln zugänglichen Gebäuden gab, während ich mit einem abgeschlossenen Mathe-Studium wohl einen Arbeitsplatz in einem jener neu entstehenden Rechenzentren finden würde. Auf keinen Fall wollte ich isoliert zuhause sitzen. Ich wollte „normal“ arbeiten und mich selbst versorgen können. Das schaffte ich auch, mit großer Mühe; vermisste es allerdings, meinen musischen Interessen nachzugehen, für die mir im Alltag immer weniger Zeit und Kraft blieben. Assistenz oder ähnliches gab es nicht. Und der Studienalltag war ja schon so anstrengend gewesen, dass ich oft in der Vorlesung eingeschlafen bin. Ich sehe das heute noch an den Mitschriften, wenn meine Kritzelschrift dann plötzlich irgendwo im Traumland verschwand.

Von außen betrachtet, könnte ich mein weiteres Leben mit Behinderung als Erfolgsstory erzählen, im Sinne der „sozialen Rehabilitation“, die in den 70er und 80er Jahren für junge behinderte Menschen propagiert wurde, teilweise heute noch: Ich bekam eine Arbeitsstelle, die ich nach fünf Jahren sogar selber gekündigt habe, als ich mir zutraute, doch etwas anderes zu machen. Etwas Geld konnte ich vorher sparen, um den nächsten Trabant zu kaufen und damit meine Mobilität für das nächste Jahrzehnt zu sichern. Ich hatte eine eigene Wohnung und nette Arbeitskollegen und Freunde, die sie renovierten. Auf der Fete eines Arbeitskollegen lernte ich eine junge Frau kennen, die meine Ehefrau wurde. Nach gut zehn Jahren freiberuflicher Tätigkeit war ich seit Mitte der 1990er Jahre wieder angestellt, habe Projekte entwickelt und konnte damit sogar für andere behinderte Menschen und für nichtbehinderte Arbeitsplätze schaffen. Mit Anfang 60 habe ich diese Arbeit aufgegeben, weil ich merkte, dass meine physischen Kräfte und meine Lebenslust nachließen, aber nun habe ich wieder genug davon, um die musischen und schönen Dinge des Lebens genießen und aktiv mitgestalten zu können, etwa im Chor.

Betrachte ich meine Lebensentwicklung nach innen, dann ging es lange darum, nicht gegen, nicht trotz, sondern mit meiner Behinderung leben zu können. Besonders wichtig dafür wurden meine Beziehungen zu anderen Menschen, die das Gleiche versuchten bzw. die das einfach taten. Dazu noch einmal kurz zurück in meine Oberschulzeit. Die erlebte ich in einer alten, abgelegenen Klinik in Birkenwerder. Es gab dort mehrere Stationen, unterteilt nach Männlein und Weiblein, entsprechend waren auch die Schulklassen geteilt. So war ich von der 9. bis zur 12. Klasse in einer reinen Jungenklasse, in der anfangs sechs, später fünf Jungen waren, die alle in einem Zimmer lebten. Das Zimmer war dafür zu klein, es passten die Betten rein und je ein Nachttisch, so dass ich während des Unterrichts nicht im Rollstuhl am Tisch saß, sondern auf dem Bett lag, weil es so eng war. Die Station verlassen, um mal in den Park zu kommen, konnte ich nur, wenn mich jemand die Treppen hinunter und wieder hoch trug. Weil es kein Personal dafür gab, gelang das nur selten und nur mit Hilfe von nicht ganz so stark behinderten Mitschülern. Meist lag ich also auf dem Bett und war darauf angewiesen, mit denen zu kommunizieren, die in derselben Situation waren wie ich. Wir redeten über alles, was wir aushalten mussten, was wir vielleicht wenigstens ein bisschen ändern könnten, was wir später draußen machen wollten, und ob wir hier drinnen was versäumten, was uns gleichaltrige Nichtbehinderte dann draußen voraushaben würden. Aus diesem zwangsweisen Zusammenleben hat sich für mich eine sehr starke und enge Verbundenheit entwickelt.

Als ich mit knapp zwanzig Jahren wieder nach Hause kam, hatten mir meine Eltern mit großen Mühen eine kleine Einraumwohnung besorgt, die neben der meiner Eltern und meines Bruders lag. Endlich weg von der Klinik und hinein ins normale Leben! Aber es war mir ganz wichtig, dass ich in dieser Wohnung auch meine ehemaligen Mitschüler und Mitschülerinnen empfangen und mit ihnen etwas unternehmen konnte, etwa eine richtige Sylvester-Fete. Doch meine Eltern hatten große Probleme damit. Sie haben mir noch lange vermittelt: Halte dich fern von behinderten Menschen, du hast doch jetzt Chancen, dich ins normale Leben zu integrieren, also letztlich, dich an Nichtbehinderte anzupassen. Es ist schlimm, dass du vieles nicht machen kannst, aber wenn du dich nur bemühst, dann wirst du auch akzeptiert werden.

Solche Akzeptanz habe ich dann oft erfahren. Aber auch die Hilfsbereitschaft vieler nichtbehinderter Menschen. Ich hätte gar nicht studieren können, wenn nicht mehrere Mitstudenten während der ersten zwei Studienjahre täglich früher aufgestanden und zu mir gekommen wären, um mich mit dem Auto zur Uni zu fahren, als ich noch nicht selber fahren konnte. Und in der Uni bin ich mit dem Rollstuhl fünf Jahre lang Treppen hoch und runtergetragen worden. Wir trafen uns auch privat, trotzdem sind engere und andauernde Beziehungen mehr zu einigen ehemaligen Mitschüler*innen aus Birkenwerder geblieben.

Zusammenfassend könnte ich sagen, dass ich bis zu meinem 15. Lebensjahr überhaupt keine Ahnung von Behinderung hatte. Dann folgten ein paar Jahre, in denen ich Behinderung immer noch nur aus der Außenperspektive wahrnahm, als

etwas, wovor ich mich fürchtete, und dachte, es betrifft nur die anderen. Ich redete mir ein: Du bist hier nur in einer Durchgangsstation und wirst das wieder hinter dir lassen. Die Erkenntnis, nein, das wird nichts, ließ ich erst zu, nachdem ich praktisch erfahren hatte, ich werde es auch anders können: Du musst nicht unbedingt nichtbehindert sein.

Kannst du über dein Engagement, deine verbandspolitische Arbeit in der Wendezeit erzählen? Wie hast du die Selbstbestimmung und die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung vor der Wende und nach der Wende erlebt?

Selbstbestimmung – vor der Wende

Das erzähle ich ausführlicher, weil es im damaligen Osten ja ziemlich anders lief als im Westen oder heute.

Selbstbestimmt Leben vor der Wende war für mich erst mal eine sehr individuelle Bewegung. 1978 zog ich nach Berlin, weil es hier weite, flache Innenstadträume gab, die zum damaligen Zeitpunkt schon glatt asphaltiert waren, worauf ich mit meinem Handrollstuhl gut vorankam. In Halle, in meiner alten Heimatstadt, gab es nur das alte Holperpflaster und die Hügel in der City. Meine erste Berliner Wohnung lag in einem Hochhaus mit 21 Stockwerken und zwei Aufzügen. Hier konnte ich mehr Selbstbestimmung leben, weil ich entscheiden konnte, ob ich in den ersten, zweiten oder obersten Stock fahren möchte. Es gab acht Wohnungen auf jeder Etage und mir stand offen, an jeder Wohnungstür zu klingeln um Kontakt aufnehmen. Du wirst lachen, aber genau das habe ich damals gemacht.

Das Haus war gerade fertig, ringsum wurde noch gebaut, es gab noch keine richtigen Wege, nur provisorische Zugänge zur Kaufhalle, zur Gaststätte und so weiter. Ich sah die Chance, dass hier vielleicht auch ein paar Rampen und Bordabsenkungen eingerichtet würden, allerdings nicht, wenn ich nur als Einzelner darum bitte. Aber ich dachte, dass es bestimmt noch weitere behinderte Mieter gab oder Familien mit einem behinderten Kind, und dass man die nur schnell finden und zusammenbringen müsste, um gemeinsam zu erreichen, was jedem Einzelnen nützt. Wir hätten unter den damaligen politischen Umständen natürlich nicht mit Forderungen oder gar mit Protesten auftreten können. Freie Gruppen oder Vereine waren generell verboten. Aber man konnte ja einfach mal zur Hausgemeinschaftsleitung gehen oder zum Wohngebietsausschuss – das waren zwar meist SED-Genossen, aber auch Nachbarn – und sagen: „Liebe Leute, uns soll es doch allen besser gehen. Das Wohnungsbauprogramm soll doch für alle sein, auch für diejenigen, die behindert sind; könnt ihr nicht dafür sorgen, dass man hier leichter in die Kaufhalle kommt?“ Also nicht kämpferisch, als ob ich gegen eine Welt von Feinden angehen müsste, sondern sozusagen die propagierte sozialistische Volksgemeinschaft ernst nehmen und sozusagen in ihrem Sinne mit dafür sorgen, dass niemand aus dem Blickfeld

verschwindet. Ich bin wirklich an jede einzelne Tür gefahren – 160 Wohnungen in unserem Haus, im Nebenhaus nochmal 140, das waren fast tausend Menschen, mehr als ein ganzes Dorf. Schließlich konnte ich in den Gremien und bei den Bauleitern mit mindestens zehn Rollstuhlfahrern allein in diesen zwei Häusern argumentieren. Tatsächlich wurden nun Zugänge geschaffen, die vorher nicht geplant worden waren. Den Bauarbeitern war es völlig egal, ob die irgendwo noch eine schiefe Ebene angebaut haben oder nicht, die fanden das gut.

Gruppenarbeit im „Jahr der Behinderten“

Als ich nun selber relativ frei leben konnte in der Wohnung und ringsum, habe ich weitergemacht. Ich habe das als Verpflichtung verstanden – wenn es einem gut geht, dann engagiert man sich, um mit anderen und für andere was zu erreichen. Das Jahr 1981 war von der UNO weltweit proklamiert worden als „Jahr der Behinderten“, wie es in Westdeutschland hieß, oder der „Geschädigten“, wie es in der DDR hieß. In Vorbereitung darauf gab es eine kleine Initiativgruppe in Berlin-Buch in einem Reha-Zentrum für Querschnittsgelähmte, inspiriert und politisch gedeckt nach „oben“ von Professor Presber, einem angesehenen Rehabilitationsmediziner. Der durfte auf Kongresse ins Ausland fahren und stellte fest, dass da schon in den USA und Kanada einige wilde Behinderte die Bühne stürmten und ihre Rechte lautstark einforderten. Der kam wieder zurück und sagte: „Sowas wird in der DDR nicht möglich sein. Aber wenn ich mich hierzulande für meine Patienten engagiere, damit die medizinisch gut rehabilitiert werden, und wenn die wirklich selbständig leben wollen außerhalb medizinischer Einrichtungen, dann müssen sie auch die Möglichkeit haben, selber dafür zu sorgen, dass die Lebensumstände sich ändern.“ Er hat mit dafür gesorgt, dass sich eine solche Gruppe bilden durfte, nicht autonom, sondern innerhalb einer sozial-medizinischen Fachgesellschaft.

In der Gruppe waren wir ca. 20 bis 30 Leute. Wir bemühten uns zunächst um Kontakte zu Architekten und Stadtplanern, teils vermittelt über den Professor, besonders aber durch einen sehr engagierten behinderten Mitarbeiter, Herrn Rink, der SED-Mitglied war und somit per Du mit dem gehbehinderten Chefplaner für den neu entstehenden Stadtbezirk Marzahn, den Palast der Republik und später für das Nikolaiviertel in der Innenstadt. Der Chefplaner wies seine Leute an, schon mal selbst möglichst barrierearm zu projektieren und schickte sie dann mit den Plänen zu uns, zur Prüfung und Beratung. In gegenseitigem Respekt und dadurch in sehr offener Atmosphäre ist es uns tatsächlich über mehrere Jahre gelungen, dass mehr und bessere Rollstuhlfahrerwohnungen, berollbare Zugänge zu Versorgungs- und Kultureinrichtungen, zu Gaststätten und Toiletten gebaut wurden.

Diese Gruppe bestand bis etwa Mitte der 1980er Jahre. Wir haben versucht, aus der Gruppe mehr zu machen. Da sind wir aber ganz schnell an unsere Grenzen gestoßen. Das fing schon 1982 an, das „Jahr der Behinderten“ bzw. „Geschädigten“

war grade vorbei, und es gab noch einen Kongress in Leipzig, wo Resümee gezogen werden sollte. Ich durfte dort für unsere Gruppe reden. Vorher hatten wir überlegt, welche unserer Erfahrungen wir als Anregungen einbringen könnten. Zum Beispiel, dass es erst wenige Rollstuhlfahrer-Wohnungen gab und wie groß deren jährlicher Anteil im landesweiten Wohnungsbauprogramm sein müsste, damit das Programmziel „Wohnungen für alle bis 1990“ wirklich für alle erreicht würde. Doch noch nicht mal ansatzweise gelöst war das Problem notwendiger personeller Hilfen. Wer das nicht privat durch Familie, Nachbarn, Freunde, oder wie ich dann durch meine Frau lösen konnte, hatte in der DDR nur die „Chance“, ins Altersheim zu gehen. Wir kriegten mit, dass es in Westberlin schon ambulante Dienste gab und in Westdeutschland Zivis, so dass Menschen mit schwerer Körperbehinderung dort selbständig wohnen, leben, reisen oder studieren konnten. Dafür wollten wir auch sorgen, also zunächst mal auf dem Kongress sagen, dass unbedingt personelle Hilfesysteme entwickelt werden müssten in der DDR. Wir bauten darauf, dass es aus der evangelischen Kirche heraus bereits eine Initiative gab, in der DDR einen zivilen Wehersatzdienst einzurichten. Doch dies wurde kurz vor dem Kongress von der DDR-Führung abgelehnt. Was nun? Die Gruppe war mehrheitlich der Meinung, ich solle nun öffentlich lieber nichts mehr dazu sagen. Nach einer schlaflosen Nacht und nachdem ich auf dem Kongress zunächst unsere anderen Anliegen vorgetragen hatte, habe ich mir erlaubt, wenigstens ganz persönlich darum zu bitten, dass die negative Entscheidung noch mal überdacht werde, weil das für viele schwerstbehinderte Menschen wirklich sehr wichtig wäre.

Als ich wieder zurückkam, dauerte es nicht lange und plötzlich wollte der oberste Chef meiner damaligen Arbeitsstelle sich unbedingt mit mir unterhalten. Ich kannte ihn gar nicht und wusste auch, dass ich fachlich kein so ein großes Licht war, dass er mich zu sich zitiert um zu irgendwelchen tollen Erkenntnissen zu finden. Also war wohl über die Staatssicherheit bei ihm nachgefragt worden: Dieser Typ da hat auf dem Kongress von der Partei und der Regierung gefordert, abgelehnte Maßnahmen noch mal zu überdenken, das heißt er hat Kritik geäußert! Was ist denn das für einer, was ist das für eine Gruppe? Das war nicht nur für mich gefährlich, sondern auch für die Gruppe. Ich beteuerte, dass es doch nur meine ganz persönliche Bitte gewesen sei und die Gruppe damit nichts zu tun hätte. Die Leute haben meines Wissens dadurch keine Nachteile gekriegt, und mein großer Chef wird wohl eine Notiz gemacht haben: Ja, dieser Herr Bönning ist da etwas unbedacht gewesen, aber er ist auch nicht im Namen der Arbeitsstelle dort aufgetreten, sondern hat das privat gemacht. Dann bekam ich einen anonymen Anruf von jemandem, der sehr aufgeregt war am Telefon: „Ich sage mal nicht, wer ich bin, aber ich arbeite hier in Berlin-Buch, wo die Rehaklinik ist und wo die Gruppentreffen anfangs waren, und ich habe gerade gehört, was Sie da gemacht haben in Leipzig. Ich finde das richtig, aber hier wurde gerade beschlossen, der Bönning muss jetzt erst mal weg vom Fenster, der darf jetzt nicht mehr öffentlich reden und so weiter.“

Das mag heute fast banal klingen. Aber es hätte schlimmer kommen können, ich hätte sogar meine Arbeitsstelle verlieren können. Es hätte auch „nur“ sein können, wenn ich das nächste Mal als Invalidenrentner nach Westberlin oder als Tourist in die Tschechoslowakei oder nach Ungarn reisen wollte, dass man mir kein Visum erteilt hätte, ohne Angabe von Gründen. Das ist ja anderen passiert, die irgendwo was laut gesagt haben. Wenn man sich sowas für andere „traute“, riskierte man seine eigene mühsam erworbene Selbstbestimmung und Mobilität.

Ein paar Jahre später schrieben wir gemeinsam einen Brief mit lauter konstruktiven Vorschlägen an den für soziale Rehabilitation zuständigen Abteilungsleiter im Gesundheitsministerium. Dann kam ein Brief zurück, von der stellvertretenden Ministerin für Gesundheit der DDR, mit einer Antwort und einer Frage. Die Antwort: Alles was wir vorschlagen sei schon gelöst oder werde gelöst durch die Partei der Arbeiterklasse. Und die Frage: Was wir für denn für eine ominöse Gruppe seien? Inzwischen gab es im DDR-Strafrecht einen Paragraphen über illegale oder feindliche Gruppenbildung ... und da lösten wir uns lieber auf.

Aus heutiger Sicht muss ich auch sagen, unsere Ziele waren sehr stark eingeschränkt auf die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit einer körperlichen Behinderung. Wir haben uns in dieser Gruppe ganz bewusst nicht darum gekümmert, wie es für Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderung ist. Das war einfach nicht unser Erleben. Wir hatten nichts gegen sie, aber wir hatten nicht das Gefühl, dass wir für die sprechen konnten. Leider empfanden wir auch nicht, dass es vielleicht ein gemeinsames Fundament geben könnte. Soweit waren wir in dieser Gruppe nicht.

Meine Erfahrung mit Selbstbestimmung in der DDR ist einerseits, dass ich mich teilweise mit erstaunlich gutem Erfolg mit anderen Leuten dafür engagieren konnte, aber nur innerhalb bestimmter Grenzen und bestimmter individueller Konstellationen. Wenn es diesen Professor nicht gegeben hätte, wenn ich nicht in Berlin gelebt hätte, wäre das ganz anders gelaufen. Ich habe mich später mit meiner (nichtbehinderten) Ehefrau unterhalten, was sie selbst bestimmen durfte oder nicht. Sie wuchs in einem kleinen Ort vor den Toren von Ostberlin auf. Sie und ihre Schwester waren die Klassenbesten, aber sie durften nicht mal auf die Oberschule gehen, weil sie statt der staatlichen Jugendweihe die kirchliche Konfirmation gewählt hatten. Und das nur wenige Jahre vor der Zeit, wo ich in Berlin ungestraft meine „Heldentaten“ vollbracht hatte. So rigide und so unberechenbar war das – wie es in einer Diktatur eben ist: Man ahnt nur, dass man vieles nicht darf, aber weiß nicht wirklich, wie die Reaktionen darauf sind. Man kann durchkommen mit allem Möglichen, man kann aber auch unverhältnismäßig viel verlieren. Das ist für mich das Erlebnis einer Diktatur – ein großer Unterschied zur Demokratie mit allen ihren Gefährdungen und Nachteilen.

Ich hatte das Gefühl, dass es ab Mitte der 1980er Jahre immer restriktiver wurde, vielleicht auch, weil ich nun erwachsen war. Der Zukunftsoptimismus der früheren

Jahre war verschwunden, und eigentlich war es nur noch lästig, für wie blöd man von den Oberen gehalten wurde, mit welchen doofen entwürdigenden Parolen und mit welcher Gewalt (die Mauer) man weiter zum Mitmachen gezwungen werden sollte. Ich habe es irgendwann auch als persönliche Beleidigung empfunden, wie in politischen Verlautbarungen über uns gesprochen wurde oder wie man sich als DDR-Bürger nach außen verhalten sollte.

Meine Frau und ich – wie viele andere – hatten es immer mehr satt, uns politisch, kulturell, beruflich und im gesamten öffentlichen Leben so einengen und bevormunden zu lassen. Ab 1988 wurde dann der Trabant mit halbautomatischer Kupplung nicht mehr produziert. Das war das einzige Ost-Auto, mit dem ich selber fahren konnte. Der einzige DDR-Handrollstuhl für Erwachsene war schon früher sehr schwer und sein Reifengummi sehr schwach, jetzt wurde das Material noch schlechter. Nun war selbst meine Basismobilität in Gefahr, und wir fingen ernsthaft an zu überlegen, wann wir letztendlich „rüber“ gehen müssten.

Selbstbestimmung – In der Wende

Und dann kam plötzlich diese Wendezeit. Meine Frau und ich sind damals zu Demos und Veranstaltungen gegangen, wo man Dinge beim Namen genannt hat. Da hat die Behinderung eine Rolle gespielt, aber mehr noch ging es um andere Dinge. Insofern habe ich im Herbst 1989 vorrangig erst mal miterlebt, wie alle anderen auch, dass es in dieser DDR zu einem Aufbruch kommt, insgesamt zu mehr Selbstbestimmung.

Anfangs empfand ich gar nicht, dass man sich als behinderter Mensch auch noch mal extra dafür einsetzen müsste. Dann wurde plötzlich in der Zeitung dazu aufgerufen, einen Behindertenverband in der DDR zu gründen. Kurz zuvor war auf einer Protest-Veranstaltung von einem engagierten Betroffenen (Kay Kriegel) die politische und staatliche Erlaubnis dafür eingefordert worden. Nun meldete sich sofort eine Organisation, die dabei helfen wollte, der sogenannte Freidenkerverband. Der war zwei Jahre vorher offiziell in der DDR gegründet worden, und jeder machte Witze drüber, denn das war doch ein Widerspruch in sich: „Frei denken“ in der DDR – wie das denn? Und nun rief dieser Verein zur Gründung eines Behindertenverbandes auf. Wollten diese Typen sich jetzt irgendwie retten, indem sie plötzlich als große Wohltäter dastehen? Na, das geht gar nicht! Ich selbst hatte kein Konzept, wie so ein Verband oder Verein aussehen sollte, ich wusste nur: Das dürfen keinesfalls andere für uns machen! So bin ich mit anderen zur Versammlung hin, und als wir klar gemacht hatten, dass die Freidenker uns künftig nur ihre Räume kostenlos zur Verfügung stellen durften, dachte ich: Nun ist gut, nun können andere weiter machen. Aber beim zweiten oder dritten Treffen haben wir schon über eine Satzung gesprochen und plötzlich war ich mittendrin. Ich glaube, ich habe gemerkt, dass ich da auch selbst etwas wollte und einbringen konnte und das habe ich dann einfach gemacht. Ich spürte auch eine Verpflichtung. Es war ja wahnsinnig viel zu tun und

gleichzeitig zu lernen, andere waren (noch) voll berufstätig, während ich nur gelegentlich auf Honorarbasis arbeitete und mir mehr Zeit nehmen konnte. Allein die nächsten Monate waren so intensiv und komplex, dass sie ein eigenes Interview füllen würden.

Schon im Januar 1990 gründeten wir den Berliner Behindertenverband (BBV), im April den DDR-Behindertenverband, der dann Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland (ABiD) wurde, allerdings fast ausschließlich aus Mitgliedsvereinen und Mitgliedern aus der ehemaligen DDR bestand. Ich war gut zweieinhalb Jahre lang Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes und damit automatisch auch im Vorstand des ABiD.

Andere haben wenig später das Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben (BZSL) gegründet. Ganz maßgeblich dafür war (meine ehemalige Mitschülerin aus der „Mädchenklasse“ und heute beste Freundin) Petra Stephan. Das BZSL wurde nicht Mitglied im BBV oder im ABiD, sondern im ebenfalls 1990 gegründeten Dachverband aller bundesdeutschen Vereine und regionalen Zentren für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen, der ISL e.V. (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V., Anm.d.Red.)

Noch mal zur Selbstbestimmung nach der Wendezeit. Petra Stephan (die Gründerin des Berliner Zentrums für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V., Anm.d.Red.) war eben ein Begriff, wie der ISL e.V. und der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland, wo du auch Vorstand warst. Wie hat sich das verändert, wie haben sich mit der Demokratie Grenzen geöffnet? War es möglich, etwas Neues zu schaffen und zu gestalten oder wie hat sich da die selbstbestimmte Bewegung weiterentwickelt?

Selbstbestimmung, das war und ist für mich ein ganz zentraler Begriff. Allerdings nicht nur auf die Behinderung bezogen.

Ich will noch mal kurz auf den Herbst 1989 zurückkommen. Ich erinnere mich noch intensiv an den 4. November 1989. Da war diese riesige Demo für Meinungsfreiheit, die erste Demo, auf die meine Frau und ich mit einem eigenen Transparent gefahren sind. Wir hatten große Angst, haben den Trabbi sicherheitshalber weit weg vom Alexanderplatz geparkt, damit der nicht vielleicht von einem Panzer überrollt wird. Klingt jetzt lächerlich, aber Selbstbestimmung hieß für mich damals – Angst zu verlieren, Angst davor, dass man einfach niedergetrampelt wird.

Diese Angst war ja unterschwellig die ganze Zeit über dagewesen. Als ich 1978 nach Ost-Berlin zog, und dann mitten in der Stadt an Grenzmauern entlang fuhr, war mir unheimlich beim Gedanken, wie die Leute hier normal leben konnten. Ich kam aus Halle an der Saale, da war die Grenze zum Westen weit weg, aber hier dachte ich, die müssen doch irgendwie verrückt werden, direkt an der Grenze zu wohnen und

aus ihren Fenstern hinaus über die Mauer sehen zu können bis zur nächsten Straße im Westen. Ab 1982 wurde die Mauer für mich zwar durchlässiger, weil ich als Invalidenrentner besuchsweise rüber durfte. Aber es hat mich bewegt, wenn ich durch die breiten Grenzstreifen gefahren bin, wenn ich sah, wie die Grenzer vielleicht sogar ganz nett waren, wenn man selbst kontrolliert wurde, wie die aber immer ihre geschulterten Maschinenpistolen dabei hatten und wenn man hörte, dass wieder einer erschossen wurde, der nichts anders wollte als das, was ich da gerade machte.

Sozusagen als ein Echo dieser Angst spürte ich jetzt besonderen Zorn auf diejenigen, die bewusst zur Unterdrückung beigetragen oder davon profitiert hatten. Nicht nur die Großen, auch die Kleinen. Ich war hellhörig und schnell misstrauisch, wenn jemand neben mir auftrat und Parolen von sich gab, die verdammt nach alter Partei- und Staatsführungs-Ideologie klangen; wenn sie das, was „nun aus dem Westen zu uns kommt“, grundsätzlich als etwas Feindliches ansahen und im Nachhinein die DDR verherrlichten; wenn sie den Teufel an die Wand malten, sich und uns alle als „Opfer“ darstellten, um sich als mutige Retter zu empfehlen, auch in den Vorständen der neu gegründeten Vereine.

Ich fand, die sollten erst mal in sich gehen, besonders diejenigen, die früher als informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit (IM) mitgemacht hatten. Das war nicht nur eine moralische Frage, ich fand, wer sowas verdrängte oder jetzt schön redete, hatte Probleme beim Erkennen und Anerkennen von Realitäten. Es war aber wichtig, genau hinsehen und reflektieren zu können, wenn man in fast täglich sich ändernden Umständen sowohl Gefahren als auch neue Chancen erkennen wollte, um etwas Neues aufzubauen. Auch und besonders, weil es darum ging, unsere Rolle als behinderte Menschen in dieser neuen Gesellschaft zu definieren.

Die offene Auseinandersetzung damit hat uns mindestens während der nächsten zwei Jahre immer mitbeschäftigt, während wir zugleich versuchten, unsere Vereine so aufzubauen, dass viele behinderte Menschen mitmachen und wir so gemeinsam stärker auftreten konnten. Es gab dazu sehr unterschiedliche Meinungen. Ich denke heute, dass diese Auseinandersetzungen richtig und wichtig waren, auch weil sie uns und anderen zeigten, dass wir als behinderte Menschen nicht zu schwach dafür waren.

Oje, die Zeit läuft davon. So viel noch (*schriftlich nachgetragen*): Im BBV und im ABiD setzten wir uns vorrangig dafür ein, dass behinderte Menschen mit ihren Stärken wahrgenommen werden. Wir baten nicht nur, sondern forderten nun auch, dass unser besonderes Erfahrungswissen bei der Stadtplanung, Entwicklung von Nah- und Fernverkehr, Arbeit, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen anerkannt und genutzt wird. Dafür richteten wir im BBV Arbeitsgruppen ein. Jedem Mitglied wurde angeboten sich in eine oder mehrere einzubringen, und das erste Leitungsgremium bestand aus den Sprecher*innen dieser AGs. Außerdem gaben wir den AGs programmatische Namen: „Bauen und Wohnen für Alle“, „Arbeit für Alle“ usw. Im Mai 1990 beriet das erstmals

frei gewählte Parlament der DDR (Volkskammer) im Palast der Republik, was bei der geplanten Vereinigung mit der BRD zu beachten sei. Gegenüber veranstalteten wir eine große Demo und Kundgebung. Der Sprecher unserer AG „Bildung für Alle“, Mike Weimann, war der Vater eines damals etwa neunjährigen, schwer mehrfach behinderten Sohnes. Zuerst sprach Mike, sehr klar und pointiert, dann hielt er das Mikro seinem Sohn hin, der sehr mühsam und langsam sprach. Das „kostete“ Zeit. Aber genau darum ging es uns eben auch, nicht nur um materielle und rechtliche Verbesserungen, sondern um Akzeptanz, um Chancen, so sein zu können wie man ist. Und um genügend Zeit, miteinander reden und einander zuhören zu können. Das habe ich damals, als Moderator der Veranstaltung, versucht per Lautsprecher allen rüber zu bringen – und habe dann von den Abgeordneten gefordert: Was immer sie beschließen, es soll uns möglichst wenig bürokratischen Aufwand machen, weil wir unsere Lebenszeit wirklich für anderes brauchen ... Na gut, langfristig gesehen waren wir mit anderen Forderungen erfolgreicher. Heute erklärt es vielleicht ganz gut, warum wir unseren Vereinen damals gleich zwei programmatische Zusatznamen gaben – „Für Selbstbestimmung UND Würde“.

Ende 1990 erhielt ich das Angebot, ein neues Fernsehmagazin mit zu entwickeln und es ab Februar 1991 monatlich zu moderieren: „Selbstbestimmt – Leben mit Behinderung“. Dass so was zustande kam, hat mit der ganzen damaligen Umbruch- und Aufbruchssituation zu tun: Man suchte keinen Fernsehprofi oder Star, sondern jemanden, der sich nicht scheute, mit seiner Behinderung auf den Bildschirmen zu erscheinen und beim Moderieren der Filmbeiträge das Motto der Sendung authentisch rüberbringen konnte. Das lief zwei Jahre lang in den neuen Bundesländern, dann überall dort, wo man den MDR empfangen konnte, zeitweilig auch auf 3sat. Ich hatte anfangs weitgehende inhaltliche Mitspracherechte und durfte die ganze Zeit meine Moderationstexte selber schreiben. Das war natürlich eine Riesenchance.

Ich habe versucht, Vereine und Verbände vorzustellen oder Leute ins Studio zu kriegen, von denen ich das Gefühl hatte, die bringen wirklich etwas Neues rüber, die bringen die emanzipatorische Sicht der Dinge ein. Wenn ich mir heute die alten Sendemanuskripte durchlese, da sind ganz viele Leute, die Interviews gaben oder mit denen vor Ort Beiträge gemacht wurden, die aus der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung kamen, obwohl die zahlenmäßig überhaupt nicht groß war. Dadurch bekam ich einen engen Bezug zur ISL e.V. und zu den einzelnen Selbstbestimmt-Leben-Zentren und Vereinen, die es seit den 80er Jahren im Westdeutschland gab und nun in Berlin und Jena. Und ich hatte immer das Gefühl, bei denen stimmt es, da ist nicht die alte Verbandsstruktur drin wie sie in großen Kriegsopferverbänden war oder der alte medizinische und fürsorgliche Blick auf Behinderung.

Projekt „Peer Counseling“

Das Stichwort ist jetzt Peer Counseling. Du hast dich dann für ein europäisches Schulprojekt engagiert, um die Inklusive Schule anzustreben oder vorzudenken und das mit der Methode des Peer Counseling in Gang zu setzen. Wie ist dieses Projekt entstanden und was bedeutet Peer Counseling für dich im Bereich Schulbildung? Was hat es damals bedeutet und wie siehst du das heute?

(Nachtrag): „Peer Counseling“ heißt zunächst mal: Betroffene beraten Betroffene, das gab es im alten Westen schon lange in Selbsthilfe-Gruppen, die sich auf ein bestimmtes medizinisches oder soziales Problem bezogen. Peer Counseling geht aber viel weiter und tiefer, und es beginnt mit einem emanzipatorischen und sozialkritischen Verständnis von Behinderung. Erstens: man kann sie nicht heilen oder wegtherapieren – zwei Rollifahrer mit gleicher Diagnose können in ihrem Alltagsleben sehr unterschiedlich behindert sein, je nachdem, in welcher Umgebung sie wohnen. Zweitens: Behinderung ist normal, nicht alle sind behindert, aber jede/r kann es werden. Drittens folgt daraus, dass man sich nicht als minderwertig oder als Bittsteller betrachten muss. Das Vermeiden und der Abbau von behindernden Umständen ist keine Frage von „Zusatzkosten“ oder Mildtätigkeit, sondern gehört schlicht zur Umsetzung von Menschen- und Bürgerrechten für alle. Viertens: Eine solche Sicht auf Behinderung und auf sich selber erfahren Betroffene eher selten, schon gar nicht in Beratungsstellen, die von Kostenträgern abhängig sind. Dort erfahren sie auch nicht, wie sie sich gegen Ablehnungen oder Verzögerungen wehren können. Am besten erfahren sie das im Gespräch mit einem anderen Betroffenen, der außerdem Erfahrungen hat, wie man damit sein Leben selbstbestimmter gestalten kann.

Ratsuchenden sollte ermöglicht werden, das eigene Leben mit Behinderung zu reflektieren und Stärke daraus zu ziehen, um auf dieser Basis nicht nur einzelne Probleme besser lösen zu können, das natürlich auch, aber insgesamt ihr Leben besser auf- und annehmen und souveräner gestalten zu können. Und es ging darum, dass diejenigen, die als ehrenamtliche Berater und Beraterinnen dabei helfen wollten, eine entsprechende Peer-Counseling-Ausbildung bekommen.

Projekte sind immer zeitlich und finanziell beschränkt und müssen vorzeigbare Ergebnisse bringen. Man muss realistisch planen, was man damit schaffen kann, und wenn es um das Bohren von richtig dicken Brettern geht, muss man den Bohrer auch mehrmals ansetzen. Für mich sind daraus über 17 Jahre Projektentwicklung und Projektmanagement geworden.

Für das erste zweijährige Projekt bekam ich 1995 von der ISL eine inhaltliche Beschreibung und einen Finanzplan. Hierin ging es noch nicht um einzelne Anwendungsbereiche von Peer Counseling wie „Bildung“ oder „Schule“, sondern darum, die Grundlagen und Methoden bekannter zu machen, besonders in den neuen Bundesländern. Das dreijährige Folgeprojekt habe ich schon weitgehend selbst entwickelt, im engen Austausch mit Partnern: Wir wollten einen noch stärkeren

Fokus auf die Qualität der Ausbildung legen und auch außerhalb von Vereinen dafür werben, dass die persönliche Erfahrung im Leben mit Behinderung zusammen mit der Peer Counseling-Ausbildung als besonderes berufliches Qualifikationsmerkmal anerkannt wird. Bifos e.V. hatte damals schon drei Kurse angeboten. Wir haben den Kurs in Richtung Jobperspektive profiliert, haben erstmals eingeführt, dass Praktika gemacht wurden, dass Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern hergestellt wurden. Dazu konnten wir noch eine eigene Ausbildung der Peer-Counseling-Ausbilder*innen erproben, und währenddessen ist auch der Berufsverband der Peer Counselor*innen entstanden, der das fortführen sollte.

SGB IX

Zeitgleich begannen Vorgespräche auf politischer Ebene und mit Fachverbänden zur Schaffung des „Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX)“. Auch wir von der ISL e.V. wurden eingeladen uns daran zu beteiligen. Im SGB IX sollte ein moderner Behinderungsbegriff eingeführt werden, es sollte nicht mehr um „Fürsorge und Wartung“ gehen (wie es bis dahin in Gesetzen tatsächlich noch hieß), sondern um Teilhabeleistungen und um Rechtsansprüche darauf.

Für mich war logisch: Wenn das eingeführt wird und wir haben jetzt qualifizierte Peer Counselor*innen, dann wäre eigentlich als nächstes dran, dass man einen ganzen Projektverbund macht, der die Einführung des SGB IX begleitet, wo erfahrene Betroffene die neuen Instrumente wie Arbeitsassistenz oder das persönliche Budget exemplarisch nutzen und zeigen, wie das praktisch geht – damit das eine Breitenwirkung hat und andere Betroffene und Kostenträger ermutigt, die neuen Möglichkeiten selbst zu nutzen. Doch das ist leider nicht gelungen. Das SGB IX ist an vielen Stellen nicht so formuliert worden wie wir das gehofft hatten. Die neuen Instrumente wurden formal beschlossen, aber letztlich muss man als Betroffener auch heute noch sehr darum kämpfen sie nutzen zu können. Ende 2000 war das EU-Förderprogramm ausgelaufen, und die ISL e.V. hat dann gesagt: „Wir haben keine Kraft, so ein Riesenprojekt allein zu machen. Als ideell wirkender Dachverband haben wir keinen finanziellen Hintergrund dafür, wir kämpfen da erst mal weiter politisch.“

Ich wurde arbeitslos und engagierte mich, wie auch einige der ausgebildeten Berater*innen und Ausbilder*innen, ehrenamtlich im BZSL (Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V., Anm.d.Red.). Positiv gedacht, hatten wir hier nun ein großes Erfahrungs-, Beratungs- und Anleitungspotenzial von erwachsenen behinderten Expert*innen. Das BZSL hatte traditionell gute Verbindungen zu der Schule in Birkenwerder, wo junge behinderte Menschen heranwuchsen, und ich versuchte dafür ein passendes Projekt zu (er)finden.

Wann war das genau?

Die Verbindungen nach Birkenwerder stammten zum Teil noch aus unserer eigenen Schulzeit. Als ehemalige Schüler*innen wurden wir gern eingeladen, um zu erzählen, wie wir es geschafft hatten, uns beruflich und gesellschaftlich zu etablieren. Die Lehrer*innen waren daran interessiert, ihren derzeitigen Schülerinnen und Schülern solche Perspektiven zu eröffnen. Noch zu DDR-Zeiten war neben der Klinik eine Schule gebaut worden, mit Rampen, Aufzügen, Therapieschwimmbad und mit Internat, da die meisten behinderten Schüler*innen von außerhalb kamen. Das war natürlich viel besser als vorher in der Klinik, es blieb aber eine reine Sonderschule. Nach der Wende kamen weniger behinderte Schüler*innen, weil sie schon in ihrer Heimatgegend passende Schulen fanden. Damit keine Lehrer*innen entlassen oder die Schule geschlossen werden musste, wurden nun auch nichtbehinderte Schüler*innen aufgenommen. Auf diese kuriose Weise wurde die Schule plötzlich „Integrationschule“.

Als wir 2001 intensiveren Kontakt aufnahmen, lief dort ein sogenannter „Integrativer Schulversuch“, wo ganz ernsthaft versucht wurde, echte Integration in den Klassen und im gesamten Schulleben zu schaffen. Dagegen gab es passive Widerstände. Nicht wenige Lehrer*innen und Eltern hatten Ängste, ihre Schützlinge würden dabei untergehen. Und nach dem Unterricht noch etwas gemeinsam zu unternehmen, scheiterte oft an den starren Plänen der Behindertenfahrdienste. Aber es gab auch eine sehr engagierte und offene Schulleitung und Lehrer*innen, die sehr gern mit uns gemeinsam was Neues ausprobieren wollten.

Wir haben dann ein sehr komplexes Konzept entwickelt: „Selbstbestimmt Leben Lernen mit behinderten Expert*innen“, mit Modell-Unterrichtsstunden für die Klassenstufen sieben bis zehn, mit Schüler*innen- und Elternberatung, mit Erlernen und Anwenden der Methode der „Persönlichen Zukunftsplanung“ für den Übergang Schule – Ausbildung, mit Praktikumsakquise und -betreuung, mit thematischen Elternabenden und mit Lehrerfortbildungen. Das haben wir so umfangreich von 2002 bis Ende 2008 gemacht, ab 2004 sogar mit einer weiteren, noch „reinen“ Sonderschule in Berlin. Inhaltlich lief das richtig gut.

Finanziell konnten wir uns das aus drei aufeinanderfolgenden großen Projektfinanzierungen leisten, und eine Zeit lang schien es so, als bekämen die Schulen in Berlin und Brandenburg mehr freie Mittel, mit denen sie unsere Leistungen nach Projektende dauerhaft selbst einkaufen könnten. Aber der Schein trog, anders gesagt: Sie bekamen immer weniger Scheine und die mussten sie vorrangig zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben einsetzen. Dazu gehörte diese enge Zusammenarbeit mit uns nicht.

Inklusion

Dass ich mich so dafür eingesetzt habe, hängt sicher auch mit meinen Schulerfahrungen zusammen. Aber ich war und bin auch heute noch davon überzeugt, dass wir als Peer Counselor*innen gerade hier viel bewirken können. Uns wurde manchmal auch vorgehalten, wir würden so zur Attraktivität von Schulsonderformen beitragen, statt uns ausschließlich für inklusive Bildung einzusetzen.

Aber Inklusion ist ein sehr, sehr weiter Begriff – und ich sage jetzt mal etwas in dem Zusammenhang vielleicht Fragwürdiges: Wenn ich mir unsere Gesellschaft angucke, sehe ich nicht so wirklich, dass sie Inklusion leisten kann. In unserer Gesellschaft gibt es nach wie vor enorme Verteilungsungerechtigkeiten. Du kriegst mit, egal ob behindert oder nicht, dass du dafür sorgen musst, nicht zu kurz zu kommen. Im Rahmen dieser Ungerechtigkeit ganz auf Inklusion zu setzen oder zu erwarten, dass sie in einem bestimmten Teilbereich entsteht, halte ich für eine Illusion.

Ich sehe dabei die Gefahr, dass Inklusion nur als Vorwand genommen wird, um die tatsächlich nötigen besonderen Unterstützungsmaßnahmen, Gelder für behinderte oder schwerbehinderte Menschen einzusparen, nach dem Motto: Das kriegen wir doch alles so hin, wenn wir nur alle nett zueinander sind. Solcherart Inklusion auf niedrigem Niveau habe ich in der DDR zur Genüge erlebt.

Lernen, kein Opfer zu sein

Lernen ist ein großes Thema für Menschen mit Behinderung. Wie ist deine eigene Erfahrung mit Bildung, wie hast du gelernt?

Ich hatte immer das Gefühl, dass Lernen etwas ganz Selbstverständliches ist und Spaß macht, dass Lernen und Leben einfach zusammengehören. Meine Vorstellung von der Welt war und ist, dass es einfach toll ist, immer mehr zu entdecken. Nicht: Ich muss mehrere Jahre in eine Einrichtung und wenn ich den Abschluss habe, dann habe ich ausgelernt.

Ich denke, dass es mein Leben sehr bereichert, wenn ich andere Menschen treffe und mir anhöre was die über ihr Leben denken und was sie begeistert – auch darin steckt Lernen.

Mich interessieren weiterhin die Menschen, die sich darum bemühen Lebensperspektiven zu finden. Mich interessiert, wie jemand mit einer Behinderung klar kommt. Ich bedauere jetzt geradezu Menschen, die unbedingt gesund sein müssen und sich dabei kaputt medikamentieren, nur, um besonders leistungsfähig zu sein und die alles, was von einer sehr engen Norm abweicht, sofort mit Diagnosen belegen müssen und behandeln lassen müssen. Also dieses fast angstverzerrte

Festhalten an einer Wunschnormalität, die nach meiner Lebenserfahrung gar nicht einer Lebensrealität entspricht, das interessiert mich.

Und mich interessieren weiter grundlegende Ungerechtigkeiten wie zum Beispiel, dass jemand eine schlechte Lebensperspektive hat oder das Gefühl, er werde nicht gemocht oder ihm werde wohl nichts gelingen. Das ist aus meiner Sicht ja nicht von Gott gegeben, sondern entsteht aus sozialen Erfahrungen. Und wenn ich sehe, wie ungerecht Lebensgüter, Lebenschancen verteilt sind und verteilt werden, dann interessiert mich das besonders, da versuche ich mich auch zu engagieren.

Wenn wir über Lebenschancen von Menschen mit Behinderung sprechen, dann gehören das Lernen können und der Spaß am Lernen unbedingt dazu, dann muss das ein ganz wichtiger Bestandteil der Konzepte sein. Man sollte immer prüfen, nicht nur bei Bildungskonzepten, sondern auch bei Unterstützungskonzepten, bei Wohnkonzepten, bei Mobilitätskonzepten, letztlich auch im Arbeitsbereich: Ist es möglich, dass man da lernen kann?

Und Lernen heißt dann nicht nur theoretisches Lernen, nicht als Ersatz für unmittelbar Erlebtes, sondern frei entscheiden können, wann es mir wichtig ist, eine Sache zu vertiefen oder in ein Buch einzusteigen oder auch in einen Film oder in ein Lied hinein zu gehen und da etwas zu empfinden. Lernen ist auch ganz stark mit Gefühlen verbunden.

Soziales Lernen ist ganz wichtig. Und das Allerwichtigste ist für mich: Zu lernen, dass man nicht „Opfer“ ist – dem „Täter“ ausgeliefert, unfähig, selbst etwas anderes dagegen tun zu können als sich zu verstecken oder laut zu schreien; aber andererseits klar zu erkennen, wenn man diskriminiert wird. Denn gegen Diskriminierung kann man ankämpfen. Aber die zu erkennen, sie auch auszuhalten, ist schwer. Es ist eigentlich bequemer, so was zu verdrängen oder sich anzupassen und sich zu sagen: Ach, das betrifft mich gar nicht.

Zur Opfer-Rolle gehört auch noch etwas anderes, nämlich das Gefühl: Ich komme immer zu kurz, und alles, was neu auf mich zukommt, bedeutet immer erst mal eine Gefahr. Ich könnte ja etwas verlieren dabei, ich könnte meine jetzige Sicherheit oder vielleicht sogar künftige Sicherheit verlieren – und das darf nicht sein, denn ich habe ja nur so wenig davon.

Wenn reale Gefahren kommen, die tatsächlich die eigene Sicherheit beeinträchtigen, ist es wichtig, dass man gelernt hat, nicht immer nur sich zurückzuziehen oder laut zu schreien. Unter Umständen kann beides nötig sein, aber man muss schauen, ob es da nicht noch andere Möglichkeiten gibt. Das ist ganz wichtig für mich und ich denke, für andere auch.

Vielen Dank für das Interview.

(Von H.-R. Bönning überarbeitet und schriftlich ergänzt Anfang Februar 2016)